

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Stephan Brandner, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/27698 –**

**Deutsche Landwirtschaft stärken – Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, um  
Bürgern eine selbstbestimmte und transparente Kaufentscheidung zu ermöglichen**

### **A. Problem**

Die Fraktion der AfD erklärt mit Verweis auf ein Online-Portal für Statistik, dass eine breite Mehrheit der deutschen Bürger beim Einkauf von Lebensmitteln mit steigender Tendenz regionale Produkte aus der Heimat bevorzugt. Sie legt mit Verweis auf die Berichterstattung auf der Internetseite des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) über die Ergebnisse einer Umfrage der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) aus dem Jahr 2019 dar, dass der Ursprung von Lebensmitteln für die meisten Verbraucher noch vor dem Preis das entscheidende Auswahlkriterium im Supermarkt ist. Derzeit besteht laut der Antragsteller jedoch nur für einige Lebensmittelgruppen eine verpflichtende Herkunftsangabe. Insbesondere bei verarbeiteten Lebensmitteln ist nach Angaben der Fraktion der AfD die Herkunft der Grundzutaten für die Verbraucher meist nicht erkennbar.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/27698 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in Klarschrift für alle Lebensmittel zu beschließen und dabei sicherzustellen, dass insbesondere auch bei verarbeiteten und hoch verarbeiteten Lebensmitteln das Ursprungsland der Hauptzutaten einfach und verständlich zu erkennen ist, um den Verbrauchern dadurch eine transparente Kaufentscheidung zu ermöglichen.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/27698 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2021

### **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**  
Vorsitzender

**Johannes Röring**  
Berichterstatter

**Ursula Schulte**  
Berichterstatterin

**Stephan Protschka**  
Berichterstatter

**Carina Konrad**  
Berichterstatterin

**Amira Mohamed Ali**  
Berichterstatterin

**Renate Künast**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Ursula Schulte, Stephan Protschka, Carina Konrad, Amira Mohamed Ali und Renate Künast**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 219. Sitzung am 26. März 2021 den Antrag auf **Drucksache 19/27698** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der AfD erklärt mit Verweis auf ein Online-Portal für Statistik, dass eine breite Mehrheit der deutschen Bürger beim Einkauf von Lebensmitteln mit steigender Tendenz regionale Produkte aus der Heimat bevorzugt. Sie legt mit Verweis auf die Berichterstattung auf der Internetseite des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) über die Ergebnisse einer Umfrage der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) aus dem Jahr 2019 dar, dass der Ursprung von Lebensmitteln für die meisten Verbraucher noch vor dem Preis das entscheidende Auswahlkriterium im Supermarkt ist. Derzeit besteht laut der Antragsteller jedoch nur für einige Lebensmittelgruppen eine verpflichtende Herkunftsangabe. Insbesondere bei verarbeiteten Lebensmitteln ist nach Angaben der Fraktion der AfD die Herkunft der Grundzutaten für die Verbraucher meist nicht erkennbar. Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung würde hier aus ihrer Sicht für Transparenz sorgen und die Verbraucher in die Lage versetzen, eine selbstbestimmte Kaufentscheidung zu treffen und gezielt heimische Produkte kaufen zu können.

In der Begründung ihres Antrags führt die Fraktion der AfD ergänzend aus, dass derzeit nur einige Lebensmittelgruppen, wie z. B. frisches Obst und Gemüse, Eier, frisches Rindfleisch, Fisch sowie frisches, gekühltes und gefrorenes Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch, mit dem Ursprungsland gekennzeichnet werden muss. Es ist für die Antragsteller nicht verbraucherfreundlich, dass die Herkunft nicht bei allen Lebensmitteln ersichtlich ist. Die Fraktion der AfD legt dar, dass außerdem für die primäre Zutat eines Lebensmittels eine Kennzeichnungspflicht in der Europäischen Union (EU) gilt. Hier reicht ihr zufolge die Angabe „Nicht-EU“ oder „stammen nicht aus Deutschland“ nicht aus. Die Fraktion der AfD erklärt, dass nach Einschätzung des Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) die Herkunftsangabe „EU-/Nicht-EU-Landwirtschaft“ praktisch keine Aussagekraft für die Verbraucher hat.

Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln würde laut der Antragsteller nicht nur der besseren Verbraucherinformation dienen, sondern auch den heimischen Landwirten. Weil es sich bei den von ihnen produzierten Agrargütern nach Darstellung der Fraktion der AfD in der Regel um austauschbare, homogene Rohstoffe handelt und die Erzeugerpreise sich ihr zufolge an den niedrigen Weltmarktpreisen orientieren, befinden sich die deutschen Landwirte derzeit in den Worten der Antragsteller in einem harten Verdrängungswettbewerb mit billigen anonymen Importlebensmitteln. Die verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln würde es den deutschen Landwirten nach Auffassung der Fraktion der AfD erlauben, das Preisniveau über das nun sichtbare Qualitätskriterium „Herkunft“ positiv zu beeinflussen und sich damit unabhängiger von den volatilen und niedrigen Weltmarktpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu machen.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/27698 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in Klarschrift für alle Lebensmittel zu beschließen und dabei sicherzustellen, dass insbesondere auch bei verarbeiteten und hoch verarbeiteten Lebensmitteln das Ursprungsland der Hauptzutaten einfach und verständlich zu erkennen ist, um den Verbrauchern dadurch eine transparente Kaufentscheidung zu ermöglichen.

### **III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses**

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 143. Sitzung am 21. April 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/27698 abzulehnen.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

#### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 19/27698 in seiner 80. Sitzung am 21. April 2021 abschließend beraten.

#### 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/27698 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2021

**Johannes Röring**  
Berichtersteller

**Ursula Schulte**  
Berichterstatlerin

**Stephan Protschka**  
Berichtersteller

**Carina Konrad**  
Berichterstatlerin

**Amira Mohamed Ali**  
Berichterstatlerin

**Renate Künast**  
Berichterstatlerin





